

Wenn das Udenkbare Realität wird

Statement zur Podiumsdiskussion bei der Veranstaltung zur Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Arnd Henze

TV Korrespondent ARD Hauptstadtstudio, Berlin

14. Februar 2017

Ev. Akademie zu Berlin

Französische Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt, Berlin

Meine Damen und Herren,

ich habe Evangelische Akademien immer als einen Ort verstanden, an dem man Gedanken erproben und zur Diskussion stellen kann, die man in anderer Umgebung vielleicht noch nicht wagen würde, so ungeschützt auszusprechen. Ich möchte dieses Angebot heute gerne für mich in Anspruch nehmen: Seit ich politisch denken kann, war es für mich ein Tabu, in der politischen Diskussion Parallelen zu den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu ziehen. Ich habe dieses Tabu auch gegenüber anderen immer mit Überzeugung vertreten. In den letzten Wochen bin ich allerdings gedanklich und begrifflich immer wieder an die Grenzen dieses Tabus gestoßen. Ich fürchte, dass wir es nicht länger aufrecht halten können.

Wir haben im letzten Jahr lernen müssen, auch das Udenkbare zu denken. Wir haben lernen müssen, dass das Udenkbare nicht nur denkbar ist, sondern auch Realität werden kann: beim Brexit, in Aleppo, mit der Wahl von Donald Trump – um nur einige Beispiele zu nennen. Wir haben allerdings vor allem lernen müssen, welchen zusätzlichen Schaden es anrichtet, wenn wir das Udenkbare nicht wahrhaben wollen und gänzlich unvorbereitet sind, wenn es Wirklichkeit wird.

Wenn wir das alles gelernt haben, bleibt es zwar gut und richtig, darauf zu hoffen, dass sich auch unter Präsident Trump am Ende die mäßigenden Kräfte durchsetzen werden. Es wäre aber fahrlässig und gefährlich, nicht auch den anderen Fall zu denken: dass nicht Regierungsmitglieder wie Pence, Tillerson und Mattis den Kurs der Politik bestimmen werden, sondern die offen rechtsradikalen Ideologen um Stephen Bannon und Steve Miller. Beide sehen sich erklärtermaßen als Revolutionäre in einem Feldzug gegen alle Säulen der liberalen Demokratie. Und vor allem Bannon hat einen Zugang zum Präsidenten, wie wohl kein anderer in der Administration. Ich bin jedenfalls fest davon überzeugt, dass wir jedes Wort in der Inaugurationrede und jeden Tweet bitter ernst nehmen sollten – nichts wäre gefährlicher, als die ignorante Überheblichkeit aus dem letzten Jahr zu wiederholen und seine brachiale Rhetorik ins Lächerliche zu ziehen. Denn seine Angriffe zielen auf sämtliche Institutionen und Träger einer pluralistischen und weltoffenen Demokratie – vor allem aber den Grundgedanken einer auf Checks and Balances basierenden Gewaltenteilung. Seine Antrittsrede stellt den Kongress pauschal als korrupt und unfähig da – übrigens ohne Unterscheidung zwischen Demokraten und Republikanern. Der freien Presse hat er – ausgerechnet bei seinem Antrittsbesuch bei der CIA - den Krieg erklärt. Und der Justiz bestreitet er ihre verfassungsgemäße Legitimität, wenn er von „sogenannten Richtern“ spricht und den Gerichten schon präventiv die Schuld für mögliche Terroranschläge in der Zukunft gibt. Die Sicherung der eigenen Machtbasis erfolgt zielgerichtet über die Mobilmachung seiner Anhänger gegen alle, die Trump als „Feinde des amerikanischen Volkes“ bekämpfen und letztlich ausschalten will. Wir können es uns nicht leisten, den amerikanischen Präsidenten und seine Einflüsterer im Weißen Haus nicht beim Wort zu nehmen!

Und mit der gleichen Entschlossenheit setzen Bannon und Co. auch auf die strategische Schwächung der transatlantischen Wertegemeinschaft, der europäischen Demokratien und der Europäischen Union. Hier bildet sich eine gefährliche Transatlantik der Antidemokraten – mit all den rechtspopulistischen Kräften, die einem pluralistischen und weltoffenen Europa den Kampf angesagt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Wochen und Monaten alles versucht, um die Dimension dieser Bedrohung ohne Bezug auf die dunkelsten Jahre des vorigen Jahrhunderts zu beschreiben. Ich beobachte allerdings auch, wie andere in Deutschland schon seit längerem versuchen, die Parallelen anzudeuten, ohne sie beim Namen zu nennen. Die dunklen Geister der Vergangenheit sind im Raum: aber vage und raunend – und nicht als analytischer Bezugspunkt, der uns hilft, die Lehren der Geschichte zu erkennen und zu benennen.

Und deshalb: wir brauchen für dieses leider absolut realistische Worst Case Szenario eine Verständigung darüber, ob und wie wir angemessen über Parallelen und Unterschiede zur Machtfestigung des Nationalsozialismus sprechen können.

Meine eigene Entscheidung, diesen Parallelen nicht mehr auszuweichen, ist vor allem durch zwei Anstöße mit geprägt worden. Der erste ist ein literarischer: Im Januar 2016, also am Beginn der Primaries in den USA, habe ich den Roman „Plot Against America“ noch einmal neu und mit ganz anderen Augen gelesen. Er erzählt aus der autobiographischen Perspektive eines jüdischen Jungen Anfang der 40er Jahre in New Jersey den (fiktiven) Aufstieg von Charles Lindbergh zunächst zum republikanischen Herausforderer von Präsident Roosevelt und dann zum Präsidenten. Seinen Erfolg verdankt Lindbergh einer kritischen Masse aus Anhängern des Isolationismus („America First“), einer diffusen Faszination für den starken Mann (Hitler als potentieller Partner statt als Feind), einer Wut gegen das liberale Establishment und einem tief sitzenden Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung. Seine beklemmende Atmosphäre bezieht der Roman vor allem aus der Tatsache, dass Roth nahezu ausschließlich mit historischen Akteuren und Texten arbeitet. Und die Parallelen zur Anhängerschaft von Donald Trump waren schon im Vorwahlkampf auf beängstigende Weise mit Händen greifbar. Für mich war jedenfalls ab Januar 2016 ein Sieg von Donald Trump immer im Bereich des Vorstellbaren – und ich weiß nicht, wie oft ich den Roman im letzten Jahr verschenkt oder empfohlen habe.

Seine aktuelle Dringlichkeit zeigt der Roman auch im zweiten Teil nach der Amtsübernahme von Charles Lindbergh. Nicht nur, dass hinter dem politisch unerfahrenen Präsidenten ein mächtiger Vize mit einer klaren faschistischen Agenda wirkt (die Parallelen beziehen sich heute natürlich nicht auf Trumps Vize, sondern auf Stephen Bannon). Philip Roth erzählt, wie es der neuen Regierung gelingt, die Opposition bis in die jüdischen Familien hinein gezielt zu spalten: mit vergifteten Angeboten und der Illusion, es werde schon alles nicht so schlimm wie befürchtet, zieht Lindbergh einen Teil seiner Gegner auf seine Seite – und isoliert und marginalisiert damit den verbleibenden Teil der Opposition. Auch diese Frage ist für viele Menschen in den USA und darüber hinaus heute beklemmend aktuell: ist im Umgang mit der Trump-Administration ein kompromissloses „Wehret den Anfängen“ geboten - oder ist Kooperation um der Schadensbegrenzung willen der richtige Weg?

Was „Plot against America“ literarisch an Fragen aufwirft, benennt der Historiker Timothy Snyder mit beispielloser politischer Dringlichkeit. Beispiellos deshalb, weil Snyder einer der angesehensten Holocaust-Forscher der Welt ist und es bisher immer vermieden hat, seine historische Forschung auf aktuelle politische Debatten in den USA zu beziehen. Mit dem Essay „Him“ hat er bereits kurz nach der Präsidentschaftswahl erstmals die Parallelen zum Aufstieg

Hitlers in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gezogen. In der vorigen Woche hat er dann in der Süddeutschen Zeitung ein Interview gegeben, das bereits in der Überschrift die Kernbotschaft formuliert: „Wir haben maximal ein Jahr Zeit, um Amerikas Demokratie zu verteidigen.“ Das klingt apokalyptisch, basiert aber auf einer zwingenden Logik: Noch sind die demokratischen Institutionen – Verfassung, Kongress, freie Presse, Gerichte, eine starke Zivilgesellschaft – einigermaßen intakt und können sich gegenseitig stärken. Mit jedem Monat, in dem diese Institutionen unter dem massiven Druck der Trump-Regierung erodieren, verschieben sich die Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Demokratie. Der Nationalsozialismus habe sich durchsetzen können, weil der Widerstand in den frühen Jahren vor dessen Machtkonsolidierung ausblieb: „Die Lehre aus 1933 ist: Es braucht eine passive Mehrheit, die sich nicht auflehnt.“ Deshalb fordert Snyder seine Landsleute ausdrücklich auf, die Auseinandersetzung mit Geschichte als Chance zu sehen: „Wenn wir wissen, wieso die Deutschen in den Dreißigerjahren nicht verhindern konnten, dass eine Gesellschaft ihre Rechte verliert, können wir daraus Schlüsse ziehen.“

Was Timothy Snyder hier an die Adresse der Amerikaner sagt, gilt im größeren Kontext auch für Europa. Auch in Europa steht die Zukunft der Demokratie auf dem Spiel und auch für Europa gilt, dass es genau in diesem Jahr 2017 darum geht, diese Demokratie zu verteidigen. Und deshalb richtet sich auch an uns, was Snyder im Interview sagt: „Unser großer Vorteil ist aber, dass wir wissen, was in Dreißigern passiert ist. Die Leute damals hatten kein warnendes Vorbild.“

Ich sage all das mit großem Zögern. Denn ich sehe sehr wohl die Gefahr, dass wir die Büchse der Pandora öffnen und der Nazi-Vergleich schnell zur polemischen Keule im Tagesgeschäft verkommt. Deshalb möchte ich vor allem dringend davor warnen, die historischen Vergleiche zu personalisieren. Das gilt für Trump und Bannon, das gilt für Le Pen und Petry – und erst Recht für die Wähler und Anhänger rechtspopulistischer Parteien, die wir nicht ausgrenzen, sondern für die Demokratie zurückgewinnen müssen. Historische Vergleiche dienen dem Erkennen und Begreifen von Prozessen, nicht der Denunzierung einzelner Akteure. Letzteres würde nicht nur die gesellschaftliche Polarisierung weiter verfestigen, sondern auch die notwendige Beschäftigung mit der Geschichte trivialisieren und verwässern.

Wohl aber kommt es darauf an, die Dringlichkeit zu begreifen, vor der jede und jeder Einzelne, aber auch jede demokratische Institution steht: es geht in dieser Auseinandersetzung immer ums Ganze! Jeder Angriff auf einzelne Richter ist immer ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz als Ganzes. Jeder Angriff auf einzelne Journalistinnen und Journalisten ist immer ein Angriff auf die Pressefreiheit als Ganzes (egal übrigens, ob in den USA oder in der Türkei). Jede Stigmatisierung einer Gruppe ist immer ein Angriff auf uns alle, weil er auf das Fundament unserer auf Pluralität angelegten Gesellschaft zielt. Da kann und darf es keine Kompromisse geben – und erst Recht nicht den Versuch, eigene Partikularinteressen auf Kosten anderer zu sichern. Deshalb war es gut, dass die Bundeskanzlerin als Reaktion auf das Einreiseverbots-Dekret von Trump nicht nur den Angriff auf unser Staatsbürgerschaftsverständnis von Doppelstaatlern zurück gewiesen hat, sondern das diskriminierende Dekret als Ganzes kritisiert hat. Ganz anders leider die offiziellen Töne aus der Industrie, die stattdessen auf Ausnahmeregelungen für deutsche Unternehmen drängte. Aber auch das gehört zu den fundamentalen Lehren der Dreißigerjahre: wer nur seine eigenen Privilegien retten will, macht sich mitschuldig und verliert am Ende trotzdem. Das ist nicht zuletzt die schmerzliche Erfahrung unserer Kirchen.

Meine Damen und Herren, es kommt jetzt darauf an, die liberale und weltoffene Demokratie, das Friedensprojekt Europa und die transatlantischen Werte zu verteidigen – das bedeutet, selber

aktiv zu werden und andere zu mobilisieren. Es ist das historische Versagen der „Generation Erasmus“, den Brexit durch eigene Trägheit verschuldet zu haben: wenn die Wahlbeteiligung der über 65-jährigen bei 82 Prozent, die der unter 30-jährigen nur bei 38 Prozent liegt, dann gilt mit aller Schärfe: Don´t blame anyone else!

Ich möchte aber sehr bewusst auch zwei ermutigende Gegenbeispiele erzählen: am vergangenen Sonntag hat die Schweiz per Volksabstimmung den Weg für Einbürgerungen von Migranten der 3. Generation frei gemacht. Die Initiative dazu ging von einer Basisbewegung junger Aktivisten aus – genau aus jener weltoffen geprägten „Generation Erasmus“. Die Bedeutung dieser Entscheidung geht weit über das konkrete Thema der Volksabstimmung hinaus. Viel wichtiger ist nämlich, dass es zum ersten Mal in der Schweiz gelungen ist, den Rechtspopulisten die Deutungshoheit über das Einwanderungsthema zu entreißen und den Diskurs erfolgreich neu zu definieren. Lasst uns mit dem kostbaren und in diesen Zeiten seltenen Rohstoff des Gelingens sorgsam umgehen und uns von einer solchen Erfolgsgeschichte anstecken lassen!

Auch mit Blick auf Frankreich bin ich heute etwas optimistischer als noch vor einigen Wochen. Mit Emmanuel Macron gibt es jetzt zumindest die Hoffnung auf einen Präsidenten, dessen weltoffene und demokratische Botschaft ein klares Gegenangebot zum antidemokratischen Programm des Front National darstellt. Sollte er tatsächlich in einem 2. Wahlgang zum Präsidenten gewählt werden, könnte das eine enorme Strahlkraft weit über Frankreich hinaus entfalten – und das gilt unabhängig von der politischen Bewertung vieler Sachfragen, über die man in einer gestärkten Demokratie dann fröhlich streiten kann.

Sie merken, wie ich sehr bewusst versuche, der sehr drastischen Beschreibung der Gefahren eine ebenso optimistische Perspektive des Gelingens gegenüber zu stellen. Das ist für mich kein Gegensatz. Wir brauchen genau diesen doppelten Blick: Wir können es uns weder leisten, den Worst Case als sehr reale Möglichkeit auszublenden, noch dürfen wir uns einreden lassen, die Demokratie sei nicht fähig, sich zu verteidigen. „Wir haben maximal ein Jahr Zeit, die Demokratie zu verteidigen“: Das ist kein resignativer Satz, sondern die Aufforderung, JETZT zu handeln. Und dabei gilt für mich immer der wunderbare Satz von Heinrich Albertz: „Glauben heißt, immer ein bisschen mehr zu hoffen, als es die Umstände eigentlich zulassen.“